

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 1

vom 7. Januar 2011
Redaktion: Katja Richardt

Bürgerschaftswahl 2011

Anerkennung von acht „neuen“ Parteien und Wählervereinigungen2

Schule, Jugend und Berufsbildung

Senator Wersich genehmigt Schulversuche3

Kultur-Agenten für Stadtteilschulen5

Rahmenbedingungen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf für das
kommende Schuljahr geklärt6

Soziales, Familie und Gesundheit

„Heimathafen: Hamburg“ auf Kurs8

Sozialbehörde macht auf Hilfen für Schwangere und Mütter in Not aufmerksam 12

Hinschauen – am besten vorher 14

Sachstand über Dioxinbelastung in Futter- und Lebensmitteln – Infoseite der BSG online 16

Info über Dioxinbelastung in Futter- und Lebensmitteln 17

Umwelt und Energie

Hamburg spart kräftig CO₂ 18

Stromspar-Check für ganz Hamburg21

Kultur

Moltkeblock unter Denkmalschutz gestellt23

Datenschutz

Mehr Datenschutz in Hamburger Unternehmen24

Bezirke

Neuer Bezirksamtsleiter für den Bezirk Harburg26

Zur Information

Terminkalender27

6. Januar 2011/bis06

Hamburg-Wahl am 20. Februar 2011:

Anerkennung von acht „neuen“ Parteien und Wählervereinigungen

Heute haben die Landeswahlausschüsse der Bürgerschaftswahl und der Bezirksversammlungswahl in öffentlicher Sitzung entschieden, dass acht „neue“ Parteien und Wählervereinigungen für die Wahlen am 20. Februar 2011 anzuerkennen sind.

Diese Gruppierungen sind (in alphabetischer Reihenfolge):

1. **Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG Hamburg)** als Partei zu beiden Wahlen
2. **Bürgerliche Mitte (Bü-Mi)** als Wählervereinigung (nur zur Bürgerschaftswahl)
3. **FREIE WÄHLER Hamburg (FREIE WÄHLER)** als Partei zu beiden Wahlen
4. **FREIE WÄHLER GEMEINSCHAFT Hamburg (DIE FREIE Hamburg)** als Partei zu beiden Wahlen
5. **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI (HUMANWIRTSCHAFT)** als Partei (nur zur Bezirksversammlungswahl)
6. **Nordabgeordnete (WNA)** als Wählervereinigung zu beiden Wahlen
7. **Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)** als Partei zu beiden Wahlen
8. **Sarazistische Partei – für Volksentscheide SPV Atom-Stuttgart21 (SPV)** als Partei (nur zur Bürgerschaftswahl)

Nicht anerkannt wurde die Wählervereinigung **DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V. (DIE KONSERVATIVEN)**, weil sie ihre Beteiligungsanzeige verspätet eingereicht hatte.

Insgesamt 26 Gruppierungen und Einzelpersonen wollen sich an den Hamburg-Wahlen beteiligen (siehe Anlage). Diese haben jetzt die Möglichkeit, bis zum 19. Januar, 16:00 Uhr, ihre Wahlvorschläge mit den Kandidatenlisten einzureichen.

Am 22. Januar entscheiden der Landeswahlausschuss der Bürgerschaftswahl und die Bezirkswahlausschüsse zu beiden Wahlen in öffentlichen Sitzungen, welche Wahlvorschläge auf die 42 Hamburger Stimmzettel kommen. Der Landeswahlausschuss tagt am 22. Januar (Samstag) um 12 Uhr in der Handwerkskammer (Holstenwall), die Bezirkswahlausschüsse in den sieben Bezirksämtern.

Weitere Infos unter: <http://www.hamburg.de/hamburg-wahlen>

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

sowie

Landeswahlamt: Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732

3. Januar 2011/bsb03

Senator Wersich genehmigt Schulversuche

Vier Anträgen zugestimmt – drei Anträge nicht zustimmungsfähig

Schul- und Bildungssenator Dietrich Wersich: „Wir haben alle Anträge sorgfältig geprüft und die anspruchsvollen Schulversuche ausgewählt, die alle mit Zustimmung der dortigen Eltern, Schüler und Lehrer zustande gekommen sind. Damit wurde gleichzeitig die Zusage eingehalten weder „flächendeckend“ noch „durch die Hintertür“ doch noch die Primarschule einzuführen. Wichtig war mir auch, dass die Eltern auch an diesen Schulen frei sind, ihre Kinder nach der 4. Klasse an weiterführenden Schulen anzumelden.“

Insgesamt neun der ursprünglichen 24 „Starterschulen“ (Primarschulen) hatten bei der Behörde für Schule und Berufsbildung Anträge auf einen Schulversuch als sechsjährige Grundschule, eine Fusion als Langform (1. bis 10. Klasse) oder eine Kooperation mit einer bestehenden Langform gestellt. Alle Anträge entsprachen zunächst nicht den gesetzlichen Kriterien eines Schulversuches und waren daher nicht entscheidungsfähig. Ein Teil der Antragssteller hat nun die 2. Chance der Behörde genutzt und im Rahmen einer Nachbesserungsrunde mit der Konkretisierung ihrer Anträge dafür gesorgt, dass Senator Dietrich Wersich jetzt vier Anträge auf einen Schulversuch als sechsjährige Grundschule genehmigt hat.

Es handelt sich um folgende Schulen:

- Ganztagschule an der Burgweide;
- Schule Grumbrechtstraße;
- Schule Rellingerstraße;
- Schule Vizelinstraße.

Alle vier Schulen haben nun mit Beginn des Schuljahres ab August 2011 die Möglichkeit, im Rahmen eines zehnjährigen Schulversuches zu erproben, ob und inwiefern Schülerinnen und Schüler besser unterstützt und gefördert werden können, indem der Übergang in einer weiterführende Schule um zwei Jahre verschoben wird. Dies soll die Chance erhöhen, eventuell bestehende Lerndefizite aufzuarbeiten und Elterneinbindungen intensiver zu nutzen.

Die Schulversuche sollen wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, um am Ende die Lernentwicklung bis hin zu den erzielten Abschlüssen nachvollziehen und mit anderen Schulergebnissen vergleichen zu können.

Untersuchungsbereiche der wissenschaftlichen Untersuchung werden unter anderem sein:

- Jährliche Überprüfung der Lernleistungen; als Basis dient insbesondere die Lernausgangslage in der 4. Klasse.
- Kooperation zwischen Grundschule und weiterführender Schulen; z.B. werden verschiedene Kooperationsformen zwischen der sechsjährigen Grundschule und den kooperierenden weiterführenden Schulen erprobt und auf ihre Wirksamkeit überprüft.
- Über den Besuch der Grundschule hinaus wird die Schullaufbahn der einzelnen Kinder verfolgt und begünstigende sowie belastende Momente ermittelt und auch die frühe Bildung in der Kita oder Vorschulklasse berücksichtigt.

Drei Anträge von Schulen auf Schulversuche waren nicht zustimmungsfähig, in einem Fall mangels hinreichender Konkretisierung auch in der Nachbesserungsrunde; in zwei Fällen sind die beantragten Schulformen (Klassen 1 bis 10) nicht im Hamburgischen Schulgesetz vorgesehen. Zwei weitere Schulen haben ihre Anträge zurückgezogen beziehungsweise eine hat ihren Antrag auch in der Nachbesserungsrunde nicht konkretisiert.

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

4. Januar 2011/bsb04

Kultur-Agenten für Stadtteilschulen

Kooperationen fördern kulturelle Bildung an neuer Schulform

Ab dem kommenden Schuljahr werden acht sogenannte Kultur-Agenten in Hamburg ihre Arbeit aufnehmen und an 24 Stadtteilschulen eine Zusammenarbeit mit Künstlern und Kultureinrichtungen aufbauen. Vier Jahre lang werden die Kultur-Agenten gemeinsam mit Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften an jeder Schule langfristige Kooperationen mit Kunstschaaffenden und Kulturinstitutionen initiieren und begleiten. „Unser Ziel ist, Kunst und Kultur zu einem festen Bestandteil im Alltag von Kindern und Jugendlichen werden zu lassen. Das Agenten-Programm soll ihre Neugier wecken und sie an Kunst und Kultur heranzuführen“, sagt Bildungssenator Dietrich Wersich. Mit 24 Stadtteilschulen wird gut die Hälfte der neuen Schulform in den Genuss der Kulturinitiative kommen. Senator Wersich: „Die neuen Hamburger Stadtteilschulen sind starke Schulen, die alle Abschlüsse anbieten. Die kulturelle Profilierung ist ein weiterer Beitrag für ein breites und attraktives Angebot für die Schülerinnen und Schüler.“

Hamburg betreibt seit vielen Jahren eine bundesweit beachtete Vernetzung von schulischer und sozialräumlicher Kulturarbeit. Mit der Einrichtung der Regionalen Bildungskonferenzen wurde vor kurzem eine weitere Grundlage für die Vernetzung von Schulen und Kulturszene geschaffen, so dass die Agenten auf enge Kooperation in den Bezirken vertrauen können.

Gefördert wird das Programm durch die Kulturstiftung des Bundes und die Stiftung Mercator. In fünf Bundesländern unterstützen sie die kulturelle Bildung mit 20 Millionen Euro für insgesamt 50 Kulturagenten. Neben Hamburg sind bei diesem Programm dabei: Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

5. Januar 2011/bsb05

Rahmenbedingungen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf für das kommende Schuljahr geklärt

Integrationsstandorte bleiben bestehen – Wahlfreiheit in Klassen 1,2, 5 und 6

Bereits in diesem Schuljahr hatten Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Hamburg zum ersten Mal das uneingeschränkte Recht, in den Jahrgängen 1 und 5 zwischen dem Besuch einer allgemeinen Schule oder einer Sonderschule zu wählen. Grundlage hierfür ist § 12 im Hamburgischen Schulgesetz. Damit Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Schulen und Lehrkräfte Planungssicherheit für die unmittelbar bevorstehende Anmelderunde für das kommende Schuljahr erhalten, hat Bildungssenator Dietrich Wersich jetzt wichtige Entscheidungen für das Schuljahr 2011/12 getroffen.

„Die gesellschaftliche Zielsetzung, Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen in die Mitte der Gesellschaft zu integrieren und nicht mehr in Sondersystemen zu versorgen, ist mir ein sozial- und gesellschaftspolitisches Herzensanliegen.“ so **Bildungs- und Sozialsenator Dietrich Wersich**, der als Senator der Sozialbehörde auch die federführende Zuständigkeit für die schrittweise Verwirklichung der UN-Behindertenrechtskonvention hat. „Schon bei meiner überraschenden Amtsübernahme als Bildungssenator bin ich von vielen Seiten auf die noch ausstehenden Regelungen zur Umsetzung des § 12 angesprochen worden, die vor der Anmelderunde ab Mitte Januar geklärt werden müssen. Ich habe in der internen Behördenanalyse aber auch in Gesprächen mit Vertretern der betroffenen Eltern und Schulen festgestellt, dass die Vorarbeiten für eine dauerhafte Lösung noch nicht entscheidungsreif abgeschlossen sind. Das liegt einerseits an der für die Größe dieses Vorhabens viel zu kurzen Entwicklungszeit, andererseits aber auch daran, dass notwendige haushaltswirksame Entscheidungen unter den Bedingungen der derzeitigen vorläufigen Haushaltsführung nicht erfolgen können. Die Entwicklung von dauerhaften Regeln und Strukturen braucht mehr Zeit und Sorgfalt, denn ich möchte die vielfältigen Qualitäten und Erfahrungen, die dazu in Hamburg vorhanden sind, angemessen einbeziehen.

Um aber den Eltern, die ihre Kinder jetzt anmelden müssen, Sicherheit über die Wahlmöglichkeiten zu schaffen, haben wir jetzt die Rahmenbedingungen für das neue Schuljahr 2011/2012 geklärt.“

Diese sehen wie folgt aus:

- Im Schuljahr 2010/11 galt zum ersten Mal das uneingeschränkte Recht für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, in den Jahrgängen 1 und 5 zwischen dem Besuch einer allgemeinen Schule oder einer Sonderschule auf der Grundlage des § 12 Hamburgisches Schulgesetz zu wählen. Im Schuljahr 2011/12 wird diese Regelung aufwachsen, so dass dann die Wahlfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Jahrgängen 1 und 2 sowie 5 und 6 gilt. Die Erfahrungen des laufenden Schuljahres sollen berücksichtigt und darauf aufbauend Verbesserungen erarbeitet werden.
- Die bestehenden Integrationsstandorte (sogenannte I-Klassen) sowie Integrativen Regelschulen (IR-Klassen) und die Lerngruppen der beiden Integrativen Förderzentren (IF-Klassen) werden ein weiteres Mal im Jahrgang 1 beziehungsweise 5 eingerichtet.
- Für die neuen Integrationsstandorte gilt, dass die derzeit gültigen Voraussetzungen für eine Anschubressource bestehen bleiben beziehungsweise bei Bedarf eine Anschubressource neu vergeben wird.

Als für die betroffenen Eltern besonders schwierig wurde die Situation mit der selbstorganisierten Schulbegleitung geschildert. Hierauf wird die Behörde reagieren:

- Die im § 12 vorgesehene schulseitige Versorgung mit zusätzlich erforderlichen Unterstützungsangeboten soll im kommenden Schuljahr so erfüllt werden, dass Schulbegleitungen im jeweils individuell benötigten Umfang durch die Schule sichergestellt werden.

Senator Wersich hat die über 50 Mitglieder der Feedbackgruppe in zwei Schreiben, davon eines in „leichter Sprache“ über die neuen Regelungen informiert, das auch an alle Schulen gesendet wurde. In Gesprächen mit den steuernden Sonderschulen der Bezirke werden die Regelungen jetzt im Detail vertieft.

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

4. Januar 2011/bsg04

„Heimathafen: Hamburg“ auf Kurs

Senat eröffnet Perspektiven zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Der Senat hat mit seinem heutigen Beschluss zum Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ umfangreiche Vorarbeiten der Sozialbehörde abgeschlossen und sich das Ergebnis der vielen Anregungen von Hamburger Bürgerinnen und Bürgern zu Eigen gemacht. Der Senat hat Kenntnis vom Umsetzungsstand vieler bereits begonnener Maßnahmen genommen und Perspektiven zur Umsetzung weiterer Vorhaben eröffnet. Dabei sind unter anderem die Anregungen der Bürger und Experten aufgegriffen worden, die die Sozialbehörde im Frühjahr nach ihren Vorstellungen von einem „Heimathafen“ befragt hatte. Die Befragten bewerteten das soziale Miteinander in der Stadt als relativ gut, regten aber eine bessere Förderung des Zusammenlebens in ihren Stadtteilen und Quartieren über die individuelle Lebenssituation und alle Altersgrenzen hinweg an. Auf diesem Wunsch aufbauend wurden von der Sozialbehörde diverse Maßnahmen initiiert und teilweise bereits umgesetzt.

„Neben der klassischen ‚versorgenden‘ und ‚reparierenden‘ Sozialpolitik müssen wir einen weiteren Schritt gehen, den man als ‚präventiv‘ bezeichnen kann. Wir wollen den sozialen und mitmenschlichen Zusammenhalt in der Stadt und den Nachbarschaften stärken und so zu mehr Lebensqualität und ‚Aufgehobensein‘ beitragen. Dies alles kommt in dem Gefühl zum Ausdruck, dass Hamburg wirklich der starke ‚Heimathafen‘ für die Menschen ist und man sich in Hamburg wohl fühlt“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich** zur Begründung seines Vorhabens.

An der Online- und Telefonumfrage Ende März haben insgesamt rund 2.000 Menschen teilgenommen. Zudem wurde in sieben Gesprächsrunden mit Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Vereinen diskutiert, was Hamburg als einen ‚Heimathafen‘ aus sozialer Sicht ausmachen sollte. Die Ergebnisse der Befragung und insbesondere der Gesprächsrunden lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Für die große Mehrheit der Befragten ist Hamburg ihr „Heimathafen“.

- Für 85 Prozent der Befragten ist Hamburg ihre Heimat (übrigens auch 83 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund bekennen sich ebenfalls eindeutig zu Hamburg als ihrer Heimat).

Das soziale Miteinander in Hamburg ist wichtig und gut.

- In den Gesprächsrunden hat sich gezeigt, dass dem sozialen Miteinander in der Stadt ein hoher Stellenwert eingeräumt wird und in Hamburg als vergleichsweise gut beschrieben wird.

Hamburg besitzt viel Potenzial für mehr ehrenamtliches Engagement.

- Rund 460.000 Menschen sind in Hamburg ehrenamtlich aktiv (Ergebnis Freiwilligensurvey), ein weiteres Drittel würde sich gerne engagieren, weiß aber noch nicht wie.
- In den Gesprächsrunden wurde der Staat aufgefordert, bessere Strukturen für ehrenamtliche Tätigkeit zu schaffen. Außerdem wurde das Ehrenamt als Potenzial für sogenannte „Semi-Profis“

gesehen. Ein Semi-Profi kann beispielsweise ein Freiwilliger sein, der ohne einen fachlichen Hintergrund zu haben, als Begleiter oder Mentor tätig ist.

Die Qualität öffentlicher Räume ist wichtig, um sich in Hamburg heimisch zu fühlen.

- zwölf Prozent der Online-Teilnehmer haben angegeben, dass lebendige Quartiere wichtig für einen „Heimathafen“ Hamburg sind. Ebenfalls wichtig für viele der Befragten waren ein hohes Maß an Sicherheit und ein sauberes sowie gepflegtes Stadtbild.

Das soziale Miteinander in den Quartieren soll organisiert und verbessert werden.

- Nach Ansicht vieler Befragter in den Gesprächsrunden soll das soziale Miteinander auf Ebene der Stadtteile und Quartiere organisiert und verbessert werden. Beispielhaft genannt wurden Mehrgenerationenhäuser, die Weiterbildung und Integration von Migranten, die Stärkung der Bürgerbeteiligung oder das ehrenamtliche Engagement.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse stärkt und fördert das Projekt „Hamburg: Heimathafen“ das Für- und Miteinander der Menschen in gezielten Maßnahmen. Dabei geht die federführende Sozialbehörde für politische Programme durchaus ungewöhnliche Wege: „Wir wollen nicht einfach eine bestimmte Summe Geld für irgendwelche neuen Maßnahmen ausgeben. Sondern wir wollen die Menschen gezielt aktivieren, sich füreinander stark zu machen“, sagt **Senator Wersich**. „Der Staat allein kann nicht dafür sorgen, dass Hamburg für die Menschen ein ‚Heimathafen‘ ist oder wird. Die Hamburgerinnen und Hamburger selbst wollen und können ihre Stadt und das Leben hier aktiv mitgestalten. Dazu gehört auch das sozial verantwortliche Engagement von Wirtschaft und Unternehmen.“ Deshalb werden durch das Projekt „Hamburg: Heimathafen“ und die in ihm zusammengefassten Maßnahmen Anstöße und Rahmenbedingungen für mehr Nachbarschaft und Miteinander gegeben sowie das freiwillige Engagement gefördert.

Teilweise sind die Projekte, Kampagnen und Maßnahmen schon mit vielen Akteuren, mit Partnern aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft umgesetzt worden, weitere sind initiiert und geplant. Außerdem sind die Anregungen aus der Befragung in bereits länger bestehende Projekte und Konzepte eingeflossen.

Bereits umgesetzt

Ein Anfang wurde im Herbst 2010 mit den **Aktionstagen „Nachbarschaft verbindet“** gemacht: In fast allen Stadtteilen hat es Nachbarschaftsaktionen gegeben, tausende Hamburgerinnen und Hamburger haben sich an den Tagen beteiligt, um ihre Nachbarschaft zu beleben und sich gegenseitig besser kennenzulernen. Dieses Engagement soll unter dem eingeführten Logo auch **2011 fortgesetzt** werden.



Außerdem hat die Sozialbehörde im November eine **Einbürgerungskampagne** mit Unterstützung vieler Prominenter und speziell geschulter Einbürgerungslotsen gestartet, um die Eingliederung gut integrierter Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern, damit diese mit der Einbürgerung zeigen können: „Ich bin in meiner neuen Heimat angekommen, mit allen Rechten und Pflichten eines Staatsbürgers.“

Neben diesen beiden großen Aktionen und Kampagnen hat die Gesundheitsbehörde mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren aus allen Lebensbereichen in Hamburg den **„Pakt für Prävention“** zur Verbesserung der Gesundheitsförderung und damit Steigerung der Lebensqualität in

Hamburg geschlossen. Erster Schwerpunkt in einer Zielkonferenz 2010 war dabei das Thema „gesund aufwachsen“. Die gesunde Arbeitswelt wird 2011 im Mittelpunkt stehen.

Gewaltprävention und Opferschutz wurden kürzlich mit den Senatsbeschlüssen zum **Handlungskonzept gegen Jugendgewalt** aktualisiert und mit dem **Landesaktionsplan Opferschutz** fortgeschrieben (Dezember 2010).

In Arbeit befindlich

Bereits begonnen wurde die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes „**Seniorenfreundliches Hamburg**“, da dem dritten Lebensabschnitt eine besondere Bedeutung im ‚Heimathafen‘ zukommt. Gemäß der langfristigen Planung wird es Mitte Februar hierzu den Auftaktkongress geben, bei dem Hamburger Akteure mit Fachleuten aus der Alterswissenschaft und Seniorenarbeit über Themen wie „Gesundes Altern“, „Engagement der Generationen füreinander“ oder „Merkmale einer seniorenfreundlichen Stadt“ diskutieren.

Herzstück der vorgeschlagenen neuen Aktivitäten ist die Belebung des Engagements in allen Hamburger Stadtteilen. Dazu haben intensive Vorarbeiten mit Stiftungen, Freiwilligenorganisationen und anderen Stadtakteuren stattgefunden. Ergebnis ist das Konzept für „**Nachbarschaftskontore**“, an deren Umsetzung gearbeitet wird, um diese Schritt für Schritt in allen Teilen der Stadt anzubieten. Hinter dem Begriff stehen lokale und regionale Anlaufstellen, die von im Stadtteil bereits aktiven oder neuen Bündnissen betrieben werden, um ehrenamtliches und nachbarschaftliches Engagement zu initiieren, zusammenzubringen und mit stadtweiten Angeboten zu vernetzen.

In eine ähnliche Richtung geht der Auf- und Ausbau von Stadteleinrichtungen mit generationen- und aktivitätsübergreifenden Angeboten. Hierzu gehören beispielsweise **Community-Center, Bürgerhäuser** und **Mehrgenerationenhäuser**. Aber auch viele bislang thematisch enger ausgerichtete Einrichtungen öffnen sich immer mehr den vielfältigen Nachbarschaftsbedarfen. Derartige Einrichtungen gibt es bereits in vielen Stadtteilen, wo sie wertvolle Arbeit leisten und zum Beispiel als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger dienen, die Kontakt zu Anderen im Stadtteil suchen. Weitere dieser Zentren sollen gefördert und bei der Entstehung unterstützt werden. Dazu soll noch 2011 ein Leitfaden erscheinen, der interessierten Organisationen Aufbau und Betrieb eines solchen Zentrums erleichtern soll.

Perspektiven

Ein wichtiges Ziel des ‚Heimathafens‘ ist es, Menschen jeden Alters und in jeder Lebenslage, mit und ohne Behinderungen oder Unterstützungsbedarf zu ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben in Hamburg und speziell in ihrem Stadtteil teilzuhaben. Deshalb sollen zum einen die Möglichkeiten der **Freiwilligendienste ausgeweitet** werden, zum Beispiel, indem im Zusammenhang mit der Abschaffung des Zivildienstes neue Angebote aufgebaut werden, die auch über die jugendliche Zielgruppe für ein Freiwilliges Soziales Jahr hinausgehen.

Zum anderen sollen in Hamburg sogenannte **Bürgerprofis** ihre Arbeit aufnehmen können. Die Idee dahinter: „Normale Bürger“ aus den Stadtteilen können in sozialen Projekten für ihre Mitmenschen anderes einbringen als professionelle Beratung oder Begleitung durch Fachkräfte und so die Wirkung derartiger Angebote erweitern und erhöhen. Dabei geht es nicht um den Ersatz der Experten, sondern um wertvolle und sinnstiftende Bereicherung aller Betroffenen und das Knüpfen sozialer Bürger-

Netzwerke. Dazu wird aktuell ein Konzept erarbeitet, das neue Wege in der Zusammenarbeit von Fachkräften und Bürgern aus dem unmittelbaren Umfeld beschreiten soll. Die Effekte dieser neuen Form des nachbarschaftlichen Engagements sollen im Rahmen von Modellprojekten in allen Segmenten der sozialen Arbeit erprobt und wissenschaftlich begleitet werden.

„Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei allen Hamburgerinnen und Hamburgern bedanken, die an unserer Telefon- und Onlineumfrage teilgenommen haben oder die uns in Gesprächsrunden ihre Wünsche an einen ‚Heimathafen‘ mit sozialer Prägung mitgeteilt haben. Die Anregungen haben wir aufgenommen und in unser Projekt ‚Hamburg: Heimathafen‘ einfließen lassen.“ so **Sozialsenator Dietrich Wersich** abschließend.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

5. Januar 2011/bsg05

Zum Findelbaby „Marie“

Jugendamt des Bezirks Hamburg-Mitte kümmert sich um Perspektiven für den Säugling, Sozialbehörde macht auf Hilfen für Schwangere und Mütter in Not aufmerksam

Das Hamburger Findelbaby, das am Dienstag in einem Koffer vor dem CCH gefunden wurde, ist wohlauf. Marie, so nennen es die Schwestern des Altonaer Kinderkrankenhauses, wird noch für ein paar Tage in der Klinik beobachtet. Das zuständige Jugendamt des Bezirksamtes Hamburg-Mitte hat inzwischen Kontakt zum Familiengericht aufgenommen, um eine Vormundschaft einzurichten. Der Vormund wird sich dann um die Unterbringung des Kindes und seine weitere Perspektive kümmern.

Dabei wird auch die Mutter nicht vergessen. Denn sollte sie aus einer Notlage heraus gehandelt haben, so wird die Jugendhilfe Möglichkeiten prüfen, ihr Hilfe anzubieten – mit dem Ziel, perspektivisch für ihr Kind sorgen zu können.

Besser wäre es allerdings gewesen, die Frau hätte vorher eines der zahlreichen Hilfsangebote für Schwangere und Mütter in Not angenommen. Denn keine Frau muss in Hamburg ihr Kind heimlich zur Welt bringen. Alle Hamburger Krankenhäuser bieten die Möglichkeit einer Beratung und anonymen Geburt an. Außerdem gibt es an drei Hamburger Krankenhäusern Erste-Baby-Hilfen, in denen ein Kind anonym abgelegt werden kann.

Dies ist bei folgenden Krankenhäusern der Fall:

- Kinderkrankenhaus Altona
- Asklepios-Klinik Wandsbek
- Helios-Krankenhaus Mariahilf Harburg

Telefonische Rund-um-die-Uhr-Beratung:

24 Stunden am Tag können sich betroffene Frauen an die telefonische Hotline 018 02/000 306* wenden und in einem persönlichen Gespräch zum Beispiel erfahren, wo sie Rat, Hilfe und Unterstützung erhalten. Die Beraterinnen und Berater nennen auch die Krankenhäuser, in denen ein Kind anonym zur Welt gebracht werden kann, wenn die Frau meint, dass es keine andere Lösung gibt.

Beratungsstellen:

Die nachfolgend aufgeführten Beratungsstellen helfen Schwangeren und Müttern, den bestmöglichen Weg für ihre Zukunft zu finden. Kostenlos und auf Wunsch anonym beraten sie unter anderem über die Möglichkeit, in einer Mutter-Kind-Einrichtung zu wohnen, über finanzielle Hilfen und über die Voraussetzungen, unter denen ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist.

- Familienplanungszentrum, Telefon: 43 92 822, www.familienplanungszentrum.de
- PRO FAMILIA, Landesverband Hamburg e.V., Telefon: 30 99 74 910, www.profamilia-hamburg.de

- Beratungsstelle für Frauen, Familien und Schwangere, Sozialdienst katholischer Frauen Hamburg-Altona e.V., Telefon: 43 31 56
- Sozialdienst katholischer Frauen Hamburg e.V.; Telefon 25 49 25 91, www.skf-hamburg.de
- Diakonisches Werk, Frauenberatung, Telefon Konfliktberatung: 306 20-202, Schwangerenberatung: 306 20-208

Auch die Allgemeinen Sozialen Dienste der bezirklichen Jugendämter beraten Schwangere und Mütter. Die Telefonnummern der jeweiligen Anlaufstelle im Bezirk ist über das Krisentelefon 018 02/000 306* zu erfahren.

Mutter-Kind-Einrichtungen:

Für Mütter und ihre Kinder in Problemlagen gibt es in Hamburg spezielle Wohnangebote, unter anderem

- Abendroth-Haus, Telefon: 64 08 720, www.abendroth-haus.de
- Alida-Schmidt-Stiftung, Telefon: 25 19 680, www.alida.de
- LEB Zentrum für Alleinerziehende und ihre Kinder Hohe Liedt, Telefon: 428 86 - 6124
- Theodor-Wenzel-Haus, Telefon: 53 90 050, www.theodor-wenzel.de

Unter anderem mit der Broschüre „Schwanger und keiner soll es wissen – Wir helfen Ihnen“ informiert die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Möglichkeiten, Rat und Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Nähere Informationen gibt es zudem im Internet unter www.hamburg.de/schwangerschaft.

* 6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom

Für Rückfragen der Medien:

<p>Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Julia Seifert Tel.: 428 63-28 89 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de</p>	<p>Pressestelle des Bezirksamtes Hamburg-Mitte Lars Schmidt Tel.: 428 54-2880 E-Mail: pressestelle@hamburg-mitte.hamburg.de</p>
--	---

7. Januar 2011/bsg07



beratung | hilfe | perspektiven

Hinschauen – am besten vorher

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert und der Träger basis & woge e.V. stellen Präventionsprojekt gegen sexuellen Missbrauch an Jungen vor

Jungen als Opfer sexueller Gewalt? Lange Zeit haben nur wenige wahrgenommen, dass relativ viele Jungen pädosexuellen Übergriffen ausgesetzt sind – sowohl in Institutionen als auch im öffentlichen Raum. Die aufgedeckten Missbrauchsskandale in Kirchen und anderen Einrichtungen haben den Blick für das Ausmaß und die Tragweite des Problems mittlerweile geschärft. Dennoch fehlt den Fachkräften der Jugendarbeit mitunter noch das Hintergrundwissen, um für Jungen wirksame Präventionsarbeit zu leisten. Hier setzt ein neuartiges Projekt des Jugendhilfeträgers basis & woge e.V. an: Mit „basis-praevent“ soll die Präventionsarbeit für Jungen ausgebaut werden, um sie besser vor sexuellen Übergriffen zu schützen.

Unterschiedliche Untersuchungen gehen davon aus, dass fünf bis zehn Prozent der Jungen bis zum Alter von 16 Jahren mindestens einmal Erfahrung mit sexueller Gewalt gemacht haben. Jungen werden aber in der Öffentlichkeit und selbst in der Fachwelt kaum als Opfer wahrgenommen. Außerdem bewirken die auch heute noch existierenden Rollenvorstellungen ein unterschiedliches Verarbeiten der erlebten sexuellen Gewalt bei Jungen und Mädchen und machen es Jungen manchmal schwer, sich adäquate Hilfe zu holen. Deshalb müssen nach Ansicht von Experten auch für diese Zielgruppe spezielle Angebote der Hilfe und der Prävention geschaffen werden. Das Hamburger Präventionsprojekt von basis & woge e.V. könnte hier eine bundesweite Vorbildfunktion bekommen.

„Die aktuelle Debatte hat den Blick auf Missbrauch an Jungen geschärft – nun liegt es an allen, wirksame Taten folgen zu lassen. Unser Projekt basis-praevent hilft hierbei“, erklärt **Clemens Fobian**, einer der beiden Projektverantwortlichen beim Träger basis & woge e.V..

Das Konzept von basis-praevent sieht vor, pädagogische Fachkräfte so zu schulen, dass sie Jungen besser vor sexuellen Übergriffen schützen können. Die Schulungen und Beratungen im Rahmen von basis-praevent sollen Problembewusstsein, Wissen und Handlungskompetenz in Sachen sexueller Gewalt und deren Prävention vermitteln und stärken. Täter sollen keinen Raum für Übergriffe finden – weder in Jugendgruppen, in Schwimmbädern, in Schulen noch an anderen Orten. Gelingen soll das, indem Institutionen, Verbänden und Vereinen Hilfestellung gegeben wird, damit sie jeweils auf ihre Einrichtungen zugeschnittene wirksame Präventions- und Interventionskonzepte entwickeln können.

Projektleiter Rainer Ulfers: „Durch meine Arbeit im Kids und dem BASIS-Projekt, einer Anlaufstelle für männliche Prostituierte, wurde ich immer wieder mit pädosexuellen Übergriffen konfrontiert. Hiergegen wollte ich präventiv aktiv werden.“

„Prävention ist der beste Opferschutz“, sagt auch **Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert**, die jahrelang als Therapeutin mit Opfern sexueller Gewalt gearbeitet hat. „Deshalb unterstützt meine Behörde basis-praevent. Für mich ist dabei besonders wichtig, dass das Konzept speziell auf Jungen ausgerichtet ist. Angebote für sie gibt es zu wenige – obwohl immerhin jedes vierte Opfer sexueller Gewalt ein Junge ist.“

Die Sozialbehörde unterstützt das Projekt zwei Jahre lang mit je 11.000 Euro. Außerdem hat die Bürgerschaftsfraktion der GAL Tronc-Mittel (aus den Abgaben für Glücksspiel) in Höhe von 20.000 Euro für das Projekt eingeworben. Die Förderung durch Sozialbehörde und Bürgerschaft war Voraussetzung dafür, dass das Projekt in die Förderung der Stiftung Deutsche Jugendmarke aufgenommen werden konnte. Im Sommer 2010 hat die Stiftung das Konzept als förderungswürdig genehmigt – ihre Förderung ist grundsätzlich auf zwei Jahre begrenzt.

Durch die Förderung ist gewährleistet, dass alle Angebote im Rahmen von basis-praevent kostenlos angeboten werden können.

Der Träger basis & woge e.V. verfügt über langjährige Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen in Krisensituationen (KIDS / BASIS-Projekt) und hat ein breites Angebot der Jugend- und Familienhilfe (ambulante Hilfen und Wohngruppen).

Das Team von basis-praevent besteht aus: Clemens Fobian und Rainer Ulfers. Die beiden Sozialpädagogen bringen sowohl fachliche Qualifikation als auch langjährige pädagogische Erfahrung mit. Grundlagen ihrer Arbeit bilden die geschlechtsbezogene Pädagogik und besonders die Ansätze geschlechtsspezifischer Jungenarbeit.

Mehr Informationen gibt es auch im Internet unter: www.basisundwoge.de

Für Rückfragen der Medien:

Rainer Ulfers und Clemens Fobian

Projekt „basis – praevent“

basis & woge e.V.

Tel.: (040) 39 84 26 - 61

basis-praevent@basisundwoge.de

Julia Seifert

Pressestelle der Behörde für Soziales,
Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: (040) 428 63 - 2889

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

5. Januar 2011

Sachstand über Dioxinbelastung in Futter- und Lebensmitteln – Infoseite der BSG online

Nach bisherigem Kenntnisstand gibt es in Hamburg einen Futtermittelbetrieb, der aus Schleswig-Holstein belastete Futterfette erhalten hat. Die Fette wurden zur Herstellung von Mischfuttermitteln für Schweine und Puten bei einer Einmischquote von max. 4 Prozent bzw. 0,5 Prozent eingesetzt. Nach Bekanntwerden der dioxinbelasteten Futterfette am 27. Dezember 2010 wurden die noch vorhandenen Bestände an Futterfetten bzw. hergestellten Mischfutter gesperrt. Die entsprechenden Stellen in den benachbarten Bundesländern wurden über die Lieferwege informiert. Bis dato wurden sechs Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern, 74 in Niedersachsen und 59 in Schleswig-Holstein identifiziert.

Durch die Vermischung mit anderen, nicht belasteten Futtermittelbestandteilen, ist in den Futtermitteln eine Dioxinkonzentration zu erwarten, die unterhalb des zulässigen Höchstwertes liegt.

Zum aktuellen Zeitpunkt kann noch nicht beurteilt werden inwiefern belastete Lebensmittel aus anderen Bundesländern nach Hamburg geliefert wurden. Lieferlisten aus denen z.B. hervorgeht, ob in Hamburg Eier aus Betrieben, die kontaminierte Futtermittel eingesetzt haben, im Handel sind, liegen bisher nicht vor. Es wird aktuell jedoch nicht die Notwendigkeit gesehen, auf den Verzehr von Eiern zu verzichten, da sie in der Regel nur einen vergleichsweise kleinen Anteil an der aufgenommenen Dioxinbelastung des Menschen über Nahrungsmittel haben. Ein Mensch mit einem Körpergewicht von 75 Kilogramm könnte in der Woche bis zu 80 Eier mit einem Dioxingehalt von fünf Picogramm (Ein Picogramm = ein billionstel Gramm = 0.000.000.000.001 Gramm) pro Gramm Eifett essen, ohne die von der Weltgesundheitsorganisation aus Vorsorgegründen festgelegte Aufnahmemenge an Dioxin zu überschreiten. Die bei aktuellen Messungen in anderen Bundesländern gefundenen Werte liegen zwischen 0,2 und 12 Picogramm pro Gramm Eifett.

Zur allgemeinen Information hat die Hamburger Verbraucherschutzbehörde unter <http://www.hamburg.de/verbraucherschutz> eine Internetseite online gestellt auf der aktuelle Informationen rund um das Thema dioxinbelastete Lebensmittel zu finden sind.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

7. Januar 2011/bsg07a

Info über Dioxinbelastung in Futter- und Lebensmitteln

Die Hamburger Verbraucherschutzbehörde wurde heute aus Niedersachsen informiert, dass ein mittelständischer Ferkelaufzuchtbetrieb mit Schweinemast in Bergedorf (ca. 2000 Tiere) von einem Handelsbetrieb in Niedersachsen dioxinverdächtige Futtermittel erhalten hat. Daraufhin haben Hamburger Futtermittelkontrolleure den betreffenden Betrieb sofort aufgesucht. Allerdings war die betreffende Lieferung bereits an die Tiere verfüttert. Aufgrund zwischenzeitlich aktualisierter Angaben aus Niedersachsen wurde in Rücksprache mit den dortigen Kollegen - wie auch mit den anderen Bundesländern und im Einklang mit der EU - von einer Sperrung des Betriebes abgesehen. Grund dafür ist, dass die Dioxinbelastung im Futtermittel nach Berechnungen nicht nur unter den gesetzlichen Höchstwerten, sondern sogar unter den niedrigeren Aktionswerten liegt. Das Futter gilt somit als verkehrsfähig. Entsprechend dieser Erkenntnisse werden nun auch bislang gesperrte Betriebe, z.B. in Niedersachsen, wieder freigegeben.

Weiterhin liegen bis heute darüber hinaus keine Informationen vor, dass in Hamburg Lebensmittel aus Betrieben, die kontaminierte Futtermittel eingesetzt haben, im Handel sind.

Zur allgemeinen Information hat die Hamburger Verbraucherschutzbehörde unter <http://www.hamburg.de/verbraucherschutz> eine Internetseite online gestellt auf der aktuelle Informationen rund um das Thema dioxinbelastete Lebensmittel zu finden sind.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

04. Januar 2011/bsu04

Hamburg spart kräftig CO₂

Gute Zwischenbilanz des Klimaschutzkonzepts Hamburg 2007 - 2012: schon jetzt 720.000 Tonnen Treibhausgase vermieden

Pünktlich zu Beginn des Umwelthauptstadt-Jahrs legt der Senat die Zwischenbilanz des Klimaschutzkonzepts Hamburg mit den Projekten von 2010 und dem Ausblick auf 2011 vor. **Umweltsenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Das Klimaschutzkonzept Hamburg ist das zentrale Instrument der Klimapolitik dieser Stadt und hat maßgeblich zum Titelgewinn ‚Umwelthauptstadt Europas 2011‘ beigetragen. Die Zahlen belegen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, um unser Ziel, 40% weniger CO₂-Ausstoß bis 2020, zu erreichen. Wir setzen rund 450 Maßnahmen um. Gelder fließen vor allem in solche Maßnahmen, die eine direkte und messbare CO₂-Verringerung bringen. Deswegen gehen sowohl 2010 als auch 2011 fast 80% der Mittel in die Bereiche Gebäudesanierung, Mobilität, Anlagentechnik und innovative Energiekonzepte.“** Die übrigen Gelder des Klimaschutzkonzepts Hamburg fließen in Forschung, Schul- und Bewusstseinsbildung sowie Energieberatung, weil hier schon heute klimaschonendes Verhalten bewirkt und gute Grundlagen für die Zukunft gelegt werden. Erstmals konnten für 2010 Ergebnisse eines CO₂-Monitorings für rund 170 Maßnahmen vorgelegt und das eingesparte CO₂ berechnet werden.

Senat und Bürgerschaft hatten beim Start des Klimaschutzkonzepts Hamburg 2007 beschlossen, dass der CO₂-Ausstoß der Stadt ab 2012 um jährlich mindestens 2 Millionen Tonnen sinken muss. Nach Analyse des Wuppertal-Instituts sollten davon rund die Hälfte, nämlich 1.050.000 Tonnen, durch Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts selbst und durch die Hamburger Industrie erbracht werden. Ergebnisse des aktuell durchgeführten CO₂-Monitorings zeigen, dass die Projekte des Klimaschutzkonzepts am Jahresende 2010 bereits 390.000 Tonnen von insgesamt 550.000 Tonnen CO₂-Einsparnis für 2012 erreicht haben - rein rechnerisch wären 330.000 Tonnen nötig gewesen. Genauso erfolgreich hat die Industrie gearbeitet. Bis Jahresmitte 2010 wurden durch die Selbstverpflichtung elf großer Hamburger Unternehmen 330.000 Tonnen CO₂ pro Jahr vermieden. Rechnerisch hätten es zu diesem Zeitpunkt 300.000 Tonnen sein müssen, denn bis 2012 soll die Industrie eine halbe Million Tonnen CO₂ einsparen. Stadt und Industrie liegen also mit schon heute zusammen 720.000 Tonnen pro Jahr eingespartem CO₂ besser als im Plan und können ihre geplanten Einsparsummen bis 2012 gut erreichen.

2010 flossen 25 Millionen Euro ins Klimaschutzkonzept Hamburg. 2011 und 2012 soll die Summe geringfügig um 10 Prozent auf 22,5 Millionen Euro als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sinken.

Das Klimaschutzkonzept Hamburg umfasst die drei Bereiche „Minderung der Treibhausgase“ (z.B. Energie, Gebäude Mobilität), „Anpassung an den Klimawandel“ (Anpassungsstrategie und Stadtklimamodellierung) und „Übergreifende Sektoren und Themen“ (z.B. Bewusstseinsbildung, Internationaler Klimaschutz und Evaluierung).

Beispiele

Im Programm **Unternehmen für Ressourcenschutz** (Bereich „Minderung der Treibhausgase“) werden die Beratung von Unternehmen zu Fragen der Energieeffizienz und nachfolgende Investitionen gefördert. Ein Euro Subvention in hocheffiziente Umwelt- und Klimaschutztechnik löst rund 10 Euro Investitionen in diesem Bereich aus. Ab 2011 sollen über dieses Programm rund 150.000 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden. Die neuste Maßnahme und eines der größten Einzelprojekte ist der gerade fertig gestellte Einbau einer Dampfturbinen-Anlage in der Müllverbrennungsanlage Borsigstraße, durch die allein 12.000 Tonnen CO₂ pro Jahr vermieden werden.

Im Programm **Wohnraummodernisierung bei Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern** wurden 2009 rund 7.500 Wohneinheiten energetisch saniert und damit eine jährliche CO₂-Einsparung von 19.000 Tonnen CO₂ erreicht.

Das **IBA-Modellprojekt Tiefengeothermie** soll in Wilhelmsburg künftig Hitze aus dem Erdinnern zur Wärmeversorgung nutzbar machen. Dabei kann für diesen Stadtteil bei Erfolg des Projekts Wärme aus 130 Grad heißem Wasser aus 3.500 m Tiefe für Heizungen genutzt werden. Das wird die lokalen Emissionen um 85% senken und jährlich 13.700 Tonnen CO₂ einsparen.

Knapp 10% der Mittel gehen in Projekte der schulischen und beruflichen Bewusstseinsbildung (Bereich „Übergreifende Sektoren und Themen“). Sie haben zwar derzeit noch keine unmittelbar messbare CO₂-Auswirkung, werden aber durch Verhaltensänderung kurz- bis mittelfristig zu CO₂-Einsparungen führen: Das Klimaschutzkonzept Hamburg fördert etwa die Fortbildung von Handwerkern in klimarelevanten Techniken im Harburger Elbcampus. Das Projekt **„ELBCAMPUS – Zukunftskreise für Handwerker“** bietet die Voraussetzung dafür, dass Handwerker ihre Bauherren zu allen klimarelevanten Bau- und Heiztechniken beraten können. Zahlreiche Handwerker haben bisher an dieser Fortbildung teilgenommen.

Die Arbeit des Hamburger Planetariums als Bildungsstätte zum Thema „Klimawandel“ wird auch 2011 weiter gefördert. Die erfolgreichen **virtuellen Klimaexpeditionen** richten sich vor allem an Jugendliche und Kinder und helfen, klimafreundliches Verhalten zu entwickeln. Wegen der großen Nachfrage sollen diese Klimaexpeditionen auch in Schulen und Stadtteilzentren möglich werden. Dafür werden **Klima-Iglus** entwickelt, in denen mit der Technik des Planetariums vor Ort informiert werden kann. Der erste Unterricht im Klima-Iglu soll bereits 2011 stattfinden.

Ein besonderes Problem bei der energetischen Modernisierung von Häusern und Wohnungen hat Hamburg mit Backsteinbauten. Es soll kein Einheitsstadtbild durch weiß gedämmte Häuser entstehen. Um Alternativen zu entwickeln, hat die Stadt das Projekt **Backsteinfonds** (Sektor „Minderung der Treibhausgase“) ins Klimaschutzkonzept Hamburg aufgenommen. Er soll Alternativen fördern, wenn energetische Maßnahmen nicht durch andere Programme erreicht werden können. Um dieses Förderprogramm aufzubauen, stehen in diesem Jahr 400.000 Euro bereit. Auch das EU-Projekt **„Cool Bricks“** vieler Ostseeanrainer untersucht Sanierungsmöglichkeiten für Backsteinbauten. Hamburg, vertreten durch das Denkmalschutzamt der Kulturbehörde, koordiniert das Projekt.

Ebenfalls international ausgerichtet ist das Projekt **„EUCO2 80/50“** (steht für 80% CO₂-Minderung bis 2050. Hier entwickeln 15 europäische Metropolregionen unter der Koordination Hamburgs seit 2008 Klima-Langfriststrategien. Zunächst wurden regionale CO₂-Bilanzen erhoben. In regionalen Workshops

wurden dann mithilfe einer Computer-Simulation Annahmen überprüft und Reduktionsszenarien entwickelt: Welche CO₂-Verringerung lässt sich z.B. mit konsequent atom- und kohlestromfreier Fernwärmeversorgung erreichen? In Hamburg nahmen 240 regionale Entscheider aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden an über 30 Workshops teil.

Weitere Infos: www.klima.hamburg.de/klimaschutzkonzept/1109282/hamburger-klimaschutzkonzept.html

Kontakt: Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, (040) 42840-2058, -3063, -3249, www.hamburg.de/bsu

7. Januar 2011/bsu07

Stromspar-Check für ganz Hamburg

EnergieAgentur Hamea und Caritasverband weiten kostenlose Energieberatung für einkommensschwache Haushalte auf alle Bezirke aus

Die Hamburger EnergieAgentur Hamea und der Caritasverband für Hamburg haben heute den Startschuss für den Ausbau des Stromspar-Checks in Hamburg gegeben. Im Zuge des Projekts, das im Januar 2010 gestartet wurde, erhalten einkommensschwache Haushalte kostenlose Energiesparberatungen. Die Nachfrage ist groß: Seit Anfang 2010 wurden mehr als 600 Haushalte in Hamburg beraten, ursprünglich waren maximal 500 geplant. Auch der Einsatz der Berater ist ein Erfolg: Es sind 12, zu Energiesparhelfern ausgebildete Langzeitarbeitslose über 50 Jahre, die sich als hervorragende „Türöffner“ für Haushalte erwiesen haben, für die Energieeffizienz bisher kein Thema war. Die Energiesparberatung fand bisher in den Bezirken Mitte und Bergedorf statt. Ab sofort gilt das Angebot für ganz Hamburg.

Umweltsenatorin Herlind Gundelach: „Die Energiekosten steigen ständig weiter und sind für Haushalte mit geringem Einkommen immer schwerer zu bezahlen. Die Nachfrage für den Stromspar-Check ist daher groß und deswegen verdoppeln wir die Zahl der Beratungen.“

„Wir freuen uns über den Erfolg des Projektes und die Möglichkeit der Ausweitung gerade auch durch das Kühlschrankschranktauschprogramm“, so **Caritas-Projektleiter Christoph Dreger**. „Zu verdanken ist dies dem überzeugenden Einsatz unserer Stromsparhelfer, die von team.arbeit.hamburg aus dem Projekt mitmang kommen. Ihnen gelingt es, die Türschwellen zu den einkommensschwachen Haushalten zu überschreiten und sie für die Energieeinsparung zu gewinnen.“

Hamburg will bis 2020 seine Treibhausgasemissionen um 40 Prozent senken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auch die privaten Haushalte, die für etwa ein Viertel des Energieverbrauches in Hamburg verantwortlich sind, ihre Energiesparpotenziale ausschöpfen. Seit Anfang 2010 haben die Stromsparhelfer Energiesparlampen oder schaltbare Steckerleisten im Wert von rund 36.000 Euro in Hamburger Haushalten installiert. Diese Sofortmaßnahmen und der neue Umgang mit Energie im Haushalt bewirken eine jährliche Ersparnis von durchschnittlich 90 Euro pro Haushalt und bisher eine CO₂-Einsparung von rund 1.600 t pro Jahr.

Hintergrund:

Neben der Energiesparberatung unterstützt die Hamea seit September 2010 mit der Aktion „Kühlschranktausch“ den Kauf eines Kühlgerätes der Energieeffizienzklasse A++ mit 100 Euro pro Haushalt und bis maximal 40 Euro für den Transport und die Entsorgung des Altgerätes. Voraussetzung ist, dass im Haushalt im Rahmen des Projekts „Stromspar-Check“ ein Kühlgerät registriert wurde, dass älter als zehn Jahre ist und dass das alte Kühlgerät fachgerecht entsorgt wird.

Das Projekt Stromspar-Check ist ein durch den Deutschen Caritasverband und den Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands initiiertes bundesweites Projekt, das auch vom Bundesministerium für Umweltschutz und Reaktorsicherheit gefördert wird.

Das Angebot richtet sich an Empfänger von Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Sozialhilfe in Hamburg. Anmeldung für den Stromspar-Check und Kühlschranktausch unter Infotelefon: 040/18046422 oder stromspar-check@caritas-hamburg.de

Kontakt: Caritasverband für Hamburg e.V., Timo Spiewak, 040-280 140-44, spiewak@caritas-hamburg.de

•

Behörde f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.45-32 49, volker.dumann@bsu.hamburg.de.

4.1.2011/bkm04

Wohn-Ensemble mit Innenhof aus den 1920er Jahren **Moltkeblock unter Denkmalschutz gestellt**

In Einvernehmen mit den Eigentümern hat das Denkmalschutzamt die Gebäude Am Rathenaupark 1-15, Bernadottestraße 70-72, Bleickenallee 41-45, Griegstraße 2-18, Grünebergstraße 1-5, 2-6, Othmarscher Kirchenweg 1-11 sowie die Vorgartenflächen und die Gartenfläche im Innenhof des Blocks unter Schutz gestellt. Das Gesamtensemble des sogenannten Moltkeblocks ist schützenswert wegen seiner Bedeutung für die Sozial- und Stadtentwicklungsgeschichte Altonas, die Architektur- und Gartenarchitekturgeschichte und den Siedlungsbau der 1920er Jahre in Hamburg, mit seiner hervorragenden gestalterischen Qualität auch aus künstlerischen Gründen. Das Ensemble prägt auf seine Art das Ottenser Stadtbild.

1922-1925 wurde der Wohnblock nach Plänen der Altonaer Bausenatoren Kurt Meyer und Gustav Oelsner in zwei Bauabschnitten durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA errichtet. Es entstanden drei- bis viergeschossige Häuser mit 176 Wohnungen unterschiedlicher Größe, mehreren Läden, einem Restaurant und einigen Ateliers. Kleine begrünte Vorgärten ergänzen das farbig-lebendige Bild der Straßenfronten, die entweder als Klinkerrohbau oder als Putzfassaden mit bunter Farbfassung gestaltet sind. Die einzelnen Abschnitte sind architektonisch unterschiedlich gestaltet mit jeweils eigenen Dekorations- und Gliederungsmotiven, das Gesamtensemble wirkt jedoch durch die gemeinsame städtebauliche und stilistische Formsprache als Einheit. Der großzügige Innenhof des Wohnblocks wurde mit einer geometrisch geformten Hecken-Anlage gestaltet und als gemeinschaftlicher Raum genutzt, mit Mietergärten, die für den Reformwohnungsbau in der Zwischenkriegsphase charakteristisch waren. In diesem Hof wird entgegen ursprünglicher und kontrovers diskutierter Planung nun keine Neubebauung stattfinden.

Der Senator für Kultur und Medien, Reinhard Stuth, begrüßt die Unterschutzstellung: „Der Moltkeblock ist ein wichtiges Baudenkmal Altonas. Ich freue mich besonders darüber, dass der Moltkeblock im Einvernehmen mit dem Eigentümer unter Denkmalschutz gestellt worden ist. Das zeigt, dass sich Denkmalschutz mit den gesunden wirtschaftlichen Interessen eines Immobilieneigentümers verbinden lässt.“

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters
Behörde für Kultur und Medien
040 / 428 24 325
Karlolaf.petters@bkm.hamburg.de

7.01.2011/ds07

Mehr Datenschutz in Hamburger Unternehmen

Erste Ergebnisse der von der Aufsichtsbehörde 2010 gestarteten Offensive zur Verbesserung des Datenschutzes in Hamburgs Wirtschaft

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat im Januar 2010 eine Fragebogenaktion bei Hamburger Unternehmen mit dem Ziel begonnen, die Bedeutung der Datenschutzbeauftragten in den Unternehmen zu stärken und dort, wo trotz gesetzlicher Verpflichtung keine betrieblichen Datenschutzbeauftragten benannt sind, deren zeitnahe Bestellung zu erwirken. Nach dem Bundesdatenschutzgesetz müssen Unternehmen, bei denen mindestens 10 Personen ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind, einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellen. Grund für diese Aktion waren die zahlreichen Datenpannen und Datenmissbräuche der letzten Jahre, mit denen Unternehmen ganz unterschiedlicher Branchen in das Licht der Öffentlichkeit gerieten und die ein erschreckendes Defizit an Professionalität im Umgang mit dem Datenschutz und der Datensicherheit dokumentierten.

Um durch die Aktion möglichst viele Unternehmen gleichzeitig zu erreichen, wurde ein schriftliches Prüfungskonzept erarbeitet, das sich auf die Person und Fachkunde des betrieblichen Datenschutzbeauftragten in den Unternehmen konzentriert. Seit Januar 2010 wurden mehr als 700 Unternehmen aus den Bereichen Speditionen/Logistik, Arbeitsvermittler/Zeitarbeitsfirmen, Haus- und Immobilienverwalter und Pflegedienste sowie ärztliche Gemeinschaftspraxen angeschrieben. Die Auswertung der Fragebogenantworten ergab, dass der größte Teil der bestellpflichtigen Unternehmen einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten hatte. In einigen Fällen, hatten die Unternehmen die Bestellpflicht nicht beachtet und mussten nachträglich betriebliche Datenschutzbeauftragte bestellen. Die von der Aufsichtsbehörde durchgeführten Stichproben ergaben, dass die Datenschutzbeauftragten allerdings nicht in allen Fällen die erforderliche Sach- und Fachkunde vorweisen konnten. In der Spitze lag die Misserfolgsquote (keine Bestellung sowie keine Fachkunde vorhanden) bei 12%.

Dazu der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Johannes Caspar: „Die Befragung der Unternehmen trägt dazu bei, das Datenschutzbewusstsein, insbesondere den Gedanken der Eigenverantwortung durch eigens bestellte betriebliche Datenschutzbeauftragte, in den Unternehmen vor Ort zu stärken. Nicht zu unterschätzen ist dabei auch das psychologische Moment. Unternehmen, die direkt von der Aufsichtsbehörde angeschrieben werden, erkennen, dass das Thema betrieblicher Datenschutz in Hamburg konkret vorangetrieben wird und etwas ist, was sie selbst betrifft.“

Der bisherige Verlauf der Aktion kann sich für die Hamburgische Wirtschaft durchaus sehen lassen: Die überwiegende Beachtung der Bestellpflicht der Beauftragten ist ein Indiz dafür, dass sich der Umgang mit dem Datenschutz und der Datensicherheit in den Unternehmen verbessert hat. Die Einsicht, dass ein selbstverantwortliches Datenschutzmanagement im Dienst von Kunden und Verbrauchern auch im Wettbewerb helfen kann, scheint sich durchzusetzen. Wir werden die Aktion fortsetzen und überall dort, wo trotz gesetzlicher Verpflichtung keine betrieblichen Datenschutzbeauftragten benannt sind, deren zeitnahe Bestellung erwirken. Unabhängig davon werden wir künftig verstärkte Stichproben zur Kontrolle der Fach- und Sachkunde der betrieblichen Datenschutzbeauftragten durchführen, um zu verhindern, dass Personen ohne entsprechende Kenntnisse diese Aufgaben übernehmen. Langfristig bleibt es unser Ziel, die betrieblichen Datenschutzbeauftragten in den Unternehmen künftig auch in die Bearbeitung von Bürgerbeschwerden mit einzubeziehen.“

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 - 4040

04.01.2011/fb04

Neuer Bezirksamtsleiter für den Bezirk Harburg

Der Senat hat heute den bisherigen Bezirksamtsleiter Harburgs, Herrn Torsten Meinberg, mit Wirkung vom 01. April 2011 für weitere sechs Jahre zum Leiter des Bezirksamtes Harburg bestellt.

Nach den Bestimmungen des Bezirksverwaltungsgesetzes wird eine Bezirksamtsleitung dem Senat von der Bezirksversammlung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder durch Wahl vorgeschlagen. Die Bezirksversammlung Harburg hatte in ihrer Sitzung am 26. Oktober 2010 mehrheitlich für Herrn Meinberg votiert.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 10. Januar bis 16. Januar 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 10.01.2011

11:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Christoph Ahlhaus hält ein **Grußwort beim Senatsempfang anlässlich 100 Jahre Airport Hamburg.**

Senator Heino Vahldieck, Senator Ian Karan und Staatsrat Dr. Nicolas Hill nehmen teil.

13:00 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senator Dietrich Wersich unterzeichnet gemeinsam mit den Kooperationspartnern die **Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Ganztagschulen und außerschulischen Partnern zur Förderung der ganztägigen Bildung und Betreuung.**

18:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich des Empfangs für internationale Studierende.**

19:00 Flughafen Hamburg, Terminal I
Senator Heino Vahldieck, Senator Reinhard Stuth, Senator Ian Karan, Staatsrat Peter Wenzel, Staatsrat Dr. Stefan Schulz und Staatsrat Dr. Nicolas Hill nehmen an der **Jubiläumsfeier zum 100-jährigen Bestehen des Hamburger Flughafens** teil.

Dienstag, den 11.01.2011

11:00 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Senator Heino Vahldieck übergibt offiziell den **Vorsitz der Innenministerkonferenz an das Bundesland Hessen.**

13:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Dietrich Wersich **empfängt eine Schülerdelegation des Lise-Meitner-Gymnasiums und nimmt die Friedenstaube des Künstlers Richard Hillinger entgegen, die weltweit für die Wahrung der Menschenrechte wirbt.**

19:30 Mozart-Säle, Moorweidenstraße 36
Senator Reinhard Stuth besucht das **„359. Stipendiaten-Konzert“ der Oscar und Vera Ritter-Stiftung.**

Mittwoch, den 12.01.2011

09:00 Alsterdorfer Sporthalle
Senator Ian Karan spricht ein **Grußwort bei der Mitarbeiterversammlung der team.arbeit.hamburg.**

- 11:00** ECE, Heegbarg 30
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der „Vorstellung des Nachhaltigkeitsbeirats der ECE“**.
- 11:30** Kulturschloss Wandsbek, Königsreihe 4
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort auf dem „Neujahrsempfang“ der City Wandsbek e.V.**
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Christoph Ahlhaus hält ein Grußwort beim Senatsempfang anlässlich **150 Jahre Hamburger Volksbank**.
- 18:00** Radisson Blu Hotel, Raum „Los Angeles“
Senator Ian Karan spricht ein **Grußwort beim Neujahrsempfang der American Chamber of Commerce**.

Donnerstag, den 13.01.2011

- 10:00** Stadtteilschule Tonndorf, Barenkrug 16
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort aus Anlass des Aktionstags „Meine Daten kriegt Ihr nicht!“**. Auf dem Aktionstag wird ein Unterrichtsmodul zur Steigerung der Datenschutzkompetenz von Schülern und Schülerinnen für einen sicheren Umgang mit persönlichen Daten im Internet vorgestellt.
- 11:45** Hauptbahnhof Hamburg/Ecke Glockengießerwall
Senatorin Dr. Herlind Gundelach **eröffnet den Info-Pavillon der Umwelthauptstadt Hamburg in Anwesenheit aller Sponsoren**.
- 12:30** Schloss Bellevue, Berlin
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil am **Neujahrsempfang des Bundespräsidenten**.
- 12:30** JVA Fuhlsbüttel, Am Hasenberge 26
Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Dr. Stefan Schulz stellen die **neue Unterbringung für Sicherungsverwahrte** vor.
- 18:00** Hotel Louis C. Jacob, Elbchaussee 401-403
Bürgermeister Christoph Ahlhaus besucht den **Blankeneser Neujahrsempfang und hält eine Neujahrsansprache**.

Senator Dietrich Wersich und Senator Ian Karan nehmen teil.

Freitag, den 14.01.2011

- 10:00** Galeria Kaufhof, Mönckebergstraße
Senator Dietrich Wersich überreicht das **Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“ an die Filiale der Galeria Kaufhof in der Mönckebergstraße**.
- 10:00** Offiziersheim der Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20, HH
Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen teil an der **sicherheitspolitischen Informationsveranstaltung „Führungsakademie 2011“**.
- 11:00** Kunstverein Hamburg, Klosterwall 23
Senator Reinhard Stuth besucht die **Ausstellung „Freedom of Speech“**.

12:00 Diakonie-Klinikum Hamburg, Hohe Weide 17
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort zur Einweihung des Agaplesion Diakonie-Klinikums Hamburg mit der Asklepios Klinik Eimsbüttel – CardioCliniC.**

16:00 Rathausmarkt
Bürgermeister Christoph Ahlhaus hält eine **Rede zum Bürgerauftakt ins Jahr der Umwelthauptstadt „Hamburg bewegt sich“.**

Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil und ist im **Umwelt-Talk mit der Moderatorin Julia Sen vom Hamburg-Journal.**

21:00 Hotel Atlantic, An der Alster 72-79
Senator Dietrich Wersich besucht den **42. Hamburger Zahnärzteball.**

Samstag, den 15.01.2011

11:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort aus Anlass des „Neujahrsempfangs der Hamburger Autorenvereinigung“.**

19:30 Rathaus, Kaisersaal
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort anlässlich der „Festlichen Abendveranstaltung“ des Vereins zur Förderung des Israel Museums in Jerusalem e.V.**

Sonntag, den 16.01.2011

11:00 Laeishalle
Senator Reinhard Stuth besucht das **„5. Philharmonische Konzert“ der Philharmoniker Hamburg.**